

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Bezugspreis beträgt 10 Pfennig und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: Im Haus monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Geschäftsstelle: Dresdener Platz 1 / Fernsprecher: 17234 / Druckerei: Dresden Nr. 1464

Bezugspreis: Die neuzeitlich gebundene Monatshefte oder deren Raum 0,35 RM, im Familienkreis 0,20 RM. Für die Reichsregierung an den deutschen Teil einer Zeitung 1,50 RM. Einzelnummern: 10 Pfennig. Sonntagsausgabe bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Pöhlertstraße 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Süden höherer Preis. Fernbestellungen sind nur auf Bestellung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 4. Februar 1930

Nummer 29

Ein neuer Steuerraubzug geplant

Erhöhung der Umsatzsteuer — Neue Steigerung der Bier- und Tabaksteuer — Neuer Abbau der Arbeitslosenunterstützung

Berschärft den Massenkampf gegen die Hungerpolitik!

Berlin, 4. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern haben in Berlin die Besprechungen der Führer der Koalitionsparteien begonnen, in denen auf Verlangen des Zentrums das Finanzprogramm noch vor Annahme der Youngschelei festgelegt werden soll. Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse erklären die Koalitionslührer einen ungeheuren neuen Steuerraubzug und einen Abbau der Arbeitslosenunterstützung. Folgende Einzelheiten sind bis jetzt bekannt:

Die Umsatzsteuer soll erhöht werden, was zu einem weiteren sprunghaften Ansteigen der Preise aller Lebensbedürfnisse führen dürfte.

Die eben erst erhöhten Steuern auf Tabak und Bier sollen nochmals erhöht werden.

Der Kaffeegoll soll erhöht werden, wodurch auch dem Arbeiter dieses Getränt verweigert wird.

Das ungeheuerste aber ist, daß hauptsächlich auf Betreiben der Sozialfaschisten ein neuer Abbau der Arbeitslosenunterstützung geplant wird. Die Müller-Regierung hat wohl selber für neue Hungerkreuze (im neuen Staat soll die erste Rate für den Hungerkreuzer B eingelegt werden), Millionen über Millionen für Reichswehr und Polizei, sie will aber die erbärmliche Unterstützung der hungernden Arbeitslosen noch mehr herabsetzen. Die Volkspartei hat dazu den Vorschlag gemacht, auch noch die Gelder der Invalidenversicherung und der Angehörtenversicherung zur Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zu verwenden. Auf diese Weise sollen auch diese Versicherungsanstalten finanziell ruiniert werden, wodurch der Weg zu einem radikalen Abbau der Leistungen dieser Versicherungen frei wäre.

Es ist nötig, die gesamte Arbeiterklasse gegen diese neuen Raubpläne zu mobilisieren. In einer Zeit, wo über dreieinhalb

Millionen auf der Straße liegen, wo bereits Hunderttausende ohne Unterstützung sind, ist ein neuer Abbau der Arbeitslosenunterstützung, das weitere Ansteigen der Teuerungswelle unerträglich. Es gilt, dem Massenkampf gegen das Hunger- und Blutgeld auf der ganzen Linie zu verhärtet.

Weitere 150 Millionen sollen herausgepreßt werden

Für die Erhöhung der Verkehrstarife

Berlin, 4. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie das „Tempo“ in seiner gestrigen Abendausgabe meldet, sollen jetzt noch 150 Millionen Mark herauskommen, denn es bedarf keiner Frage, daß die Tarifverhöhungen letzten Jahres doch auf die breiten Massen der Verbraucher abgewälzt werden. So bekommt die deutsche Arbeiterklasse die Beunruhigungen des von den Sozialfaschisten so gepriesenen Youngplans in immer neueren Angriffen auf seine Lebensgrundlage zu fühlen. Dagegen gibt es nur eines: Kampf in geschlossener Front unter Führung der Kommunistischen Partei.

Heraus gegen den Tarifwucher, gegen die Hungeroffensive der imperialistischen Koalition!

Kampf mit der Koalitionsregierung des Reiches und des ausländischen Truk- und Finanzkapitals!

Kampf gegen die kapitalistisch-nationalfaschistische und sozialfaschistische Einheitsfront zur Durchführung des Youngplans!

Reichswehrbereitschaft zum Bürgerkrieg

Die Leipziger Neuesten Nachrichten plaudern aus der Schule

Dresden, 4. Januar.

Diese Hehe wie am 1. August 1929 wurde auch jetzt wieder zum 1. Februar 1930 gegen die Kommunistische Partei entfaltet. Damals wie heute stellte sich für die Opfer der bürgerlichen Lügenpresse heraus, daß am 1. Februar eben nicht der angelegte „kommunistische Versuch“ eintrat, weil die klassenbewußten Arbeiter und die KPD, natürlich nicht auf die von der Bourgeoisie organisierten Provokationen hereingefallen sind. Aber jetzt wird die Bourgeoisie nervös und man muß die bestrogene Keder der bürgerlich-sozialdemokratischen Lügenpresse mit neuem Schwindel von der mäßigsten Dehnbarkeit ablenken. Der Antifaschismus dient dazu von den verbrecherischen Anschlägen der Trukbourgeoisie gegen die wertvollen Massen abulenken und die Kommunisten für alles verantwortlich zu machen. Dabei wird bereits enthüllt, daß die Reichswehr jetzt mit eingelegt werden soll, um die Arbeitermassen durch blutigen Terror vom Kampfe um ihre Lebenserhaltung abzuhalten. Die Leipziger Neuesten Nachrichten bringen am 2. Februar folgende Meldung:

Bereitschaft der Reichswehr

Wie vom Reichswehrministerium unserer Berliner Schriftleitung mitgeteilt wird, ist das Wachregiment Berlin kündigt in Bereitschaft, um in allen notwendigen Fällen eingreifen zu können. Bisher ist aber die Reichswehr in keiner Weise vom preußischen Ministerium des Innern angefordert worden. Das wird uns auch vom preußischen Innenministerium selbst bestätigt. Man hofft, mit den vorhandenen Polizeikräften jedem Ansturm auf die öffentliche Ordnung begegnen zu können.

Groener hat die Bereitschaft der Reichswehr für den Bürgerkrieg bestätigt, das genügt vollkommen für die Arbeitermassen, dabei sind die daran geknüpften Hoffnungen der sozialfaschistischen Regierung von untergeordneter Bedeutung. Es ist durch diese Meldung auch die Behauptung der roten Bohne bestätigt, daß die Konzentration von Reichswehrruppen erfolgt.

Die Denkschrift Groeners über

Kommunistische Verleumdungen in der Reichswehr geminnt in diesem Zusammenhang für die Arbeiter die richtige Bedeutung. Wenn die Reichswehr gegen die kämpfenden Arbeitermassen eingelegt werden soll, wenn man enthielten muß, daß die Reichswehr nicht für die „nationalen Belange“ des deutschen Volkes, sondern ein Instrument der Ausbeuterklasse gegen die im Elend verkommenen Volksmassen ist, dann sind eben besondere Arbeitmethoden erforderlich, um die Reichswehrrückstände einzustellen auf ihre jetzigen Aufgaben. Bei dieser „Kursänderung“ in der Reichswehr stellte sich ursprünglich heraus, daß die Proletarier im Vorkampfe die „Internationale“ fangen, daß sie für die Arbeiter gegen die Trukmagnaten für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die imperialistischen Kriegstreiber sind. Diese Stimmung in der Reichswehr ist für die herrschende Klasse natürlich gefährlich, und so erleben wir denn, wie der ganze Chorus der Lügenpresse die Kommunistische Partei als „Agent einer ausländischen Macht“ zu brandmarken bestrbt ist, um ihren Einfluß in den Massen zurückzudrängen. Dieses Vorgehen ist aber fruchtlos. Die Arbeitermassen haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß die

Kommunistische Partei die einzige Partei ist, die keine Opfer scheut im Kampf gegen die herrschende Klasse, die einzige Partei, die allen Unterdrückten und Ausgebeuteten zur Seite steht im Kampfe um ihre Existenz.

Und niemand auch nicht ein Reichswehrgeneral, wird es fertig bringen, den wertvollen Massen den Glauben an ihren Sieg über die Ausbeuter zu rauben. Niemand auch Groener nicht, kann die wachsende Einheitsfront der wertvollen Volksmassen aufhalten. Und wenn dieses Streben nach einer Einheitsfront selbst schon in der Reichswehr in Erscheinung tritt, durch Meutereien der Soldaten, kann alles Geld für ihre kommunistische Verleumdungen nicht von der Tafel abbringen, daß wir marschieren und nicht die ihnen anstehende rote Mut aufhalten kann. Die Kommunisten stehen überall bei den Massen und schmieden die Front, die gründlich mit allen Feinden des Volkes aufzäumen wird.

Hoppla, sie leben!

Die zum Elektro-AG-Konzern in Dresden gehörende Grohndorfer Elektrizitäts-AG wird in diesem Jahre 10 Prozent Dividende verteilen.

Die Vereinigten Papierfabriken Bautzen werden eine Dividende von 8,83 Prozent auf die Vorzugsaktien und 9 Prozent auf die Stammaktien zur Verteilung bringen.

Aber die Proleten hungern, denn...

Der Lohn der Arbeiter sank vom Juli bis Dezember um 13,6 Prozent, immer mehr Arbeiter liegen aus den Betrieben, trotzdem steigende Produktion, trotzdem hohe Profite, ein Beweis dessen, daß die Existenz des Kapitalismus nur noch mit einer weiteren Verelendung der Massen erzielt werden kann.

Wehrt euch! Organisiert den Kampf um Siebenhunderttag, um Lohnausgleich und 15 Pf. Lohnerhöhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Uns ist der Sieg! Troß alledem!

H.K. Dresden, 4. Februar.

Noch nie seit den Januar- und Märztagen des Jahres 1919 wurde die kommunistische Bewegung von allen auf dem Boden des Kapitalismus und seines Staates lebenden Kräften derart verurteilt und beschimpft, wie in der gegenwärtigen Periode. Die „heilige Schmach des alten Europa“ gegen den Kommunismus, von der Karl Marx und Friedrich Engels am Vorabend der bürgerlichen 1848er Revolution in Deutschland sprachen, ist aufs neue erstanden. Das Wörtchen von der „verfallenen und toten kommunistischen Partei“ wurde abgelehnt durch den Schrei über die kommunistische Gefahr. Die „kommunistische Gefahr“ — sie ist gegenwärtig das tägliche Thema in der kapitalistischen und sozialfaschistischen Presse; sie steht im Mittelpunkt der geheimen Beratungen der kapitalistisch-sozialfaschistischen Ministerien und Vorgesetzten; sie dient als Grundlage in den Instruktionsstunden in den Reichswehr- und Volkshochschulen? Wehrt euch! Weil die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, und ihre Anstalten aus dem Lager des Sozial- und Nationalfaschismus spüren, daß ihre Herrschaft bald zu Ende ist, weil sie spüren, daß die Sterbestunde des deutschen Kapitalismus angebrochen ist, so, wie die Sterbestunde des Weltkapitalismus am 7. November 1917 anbrach.

Nicht die kommunistische Partei, sondern die Entwidlung des Kapitalismus selbst hat die proletarische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn das Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei den revolutionären Kampf durchführt, so erfüllt es nur die Aufgaben, die ihm die Geschichte stellt. Die proletarische Revolution ist unumkehrbar, ihre Bedingungen sind vom Kapitalismus selbst geschaffen worden. Jeder Tag, der noch unter der Herrschaft des Kapitalismus verstreicht, bekräftigt aufs neue, daß die vom Kapitalismus entwickelten und normierten Produktionskräfte unvereinbar sind mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Jeder Tag verhärtet diesen Widerspruch, der seinen Ausbruch findet in den sich in allen kapitalistischen Ländern mit Riesengeschwindigkeit verheerenden Klassenkämpfen und Klassenkämpfen zwischen Proletariat und Bourgeoisie, in der Spaltung der Welt in einen herrschenden kapitalistischen und einen aufwärts steigenden sozialistischen Teil, die Sowjetunion, in der fieberhaften Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege und in den gewaltigen Befreiungskämpfen der Kolonial- und Halbkolonialvölker vom Joch des Imperialismus. Jeder Tag der Existenz des Kapitalismus in Deutschland treibt die Verelendung der Lebensbedingungen der Proletarats voran, vergrößert das Heer der für immer aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfenen, verdingt das Einkommen der breiten Massen, schafft neue Quellen der Verelendung, aber auch gleichzeitig der Empörung und des Kampfes des Proletariats. Die Feststellung, die Karl Marx und Friedrich Engels im kommunistischen Manifest machten, daß „die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft schon vernichtet sind in den Lebensbedingungen des Proletariats“, sind noch niemals so einseitig und klar keine Feststellung wie heute. Die Unumkehrbarkeit und die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution ergibt sich aus dem Vorhandensein jener Lage des Kapitalismus,